

#### Lehren aus Deutschland

Warum die Einheit der ArbeiterInnen im Kampf gegen Faschismus notwendig ist

→ Seite 2



#### Lehren aus Spanien

Warum die Einheit mit der Bourgeoisie den Kampf gegen Faschismus unmöglich macht

→ Seite 2

www.

# REVOLUTION.de.com

# FASCHISMUS IST KEINE MEINUNG SONDERN EINE KLEINBÜRGERLICHE MASSENBEWEGUNG IM INTERESSE DES GROSSKAPITALS.

## Was ist Faschismus?

### Und wie bekämpfen wir ihn? Eine marxistische Analyse der Nazibewegung

**W**er aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ (Max Horkheimer)

Der Faschismus ist nicht einfach ein „Verbrechen“, sondern ein Produkt der Krisen der kapitalistischen Gesellschaft. Wenn sich ArbeiterInnen radikalieren und anfangen, aktiv für die Überwindung des Kapitalismus zu kämpfen, brauchen die KapitalistInnen als letzten Strohalm eine militante Massenbewegung, um den Sieg der ArbeiterInnen zu verhindern. Genau das ist die historische Funktion des Faschismus.

#### Die soziale Basis

Der Faschismus sammelt die Menschen, die durch den Kapitalismus ruiniert und vereinzelt werden. Das sind sowohl „kleine Leute“ (also KleinunternehmerInnen, BeamtInnen und Angestellte – was MarxistInnen „Kleinbürgertum“ nennen) wie auch ArbeiterInnen, die aus der Gesellschaft ausgestoßen werden („Lumpenproletariat“). Diese Menschen werden mit rassistischer, antisemitischer und nationalistischer Ideologie erzogen und zu SchlägerInnentruppen gegen jegliche Organisation der ArbeiterInnen und Unterdrückten geformt.

Momentan attackieren die Nazis in erster Linie linke Jugendliche, MigrantInnen, Obdachlose und sexuelle Minderheiten. Doch der Hauptfeind des Faschismus bleibt die organisierte ArbeiterInnenbewegung. Im letzten Jahr in Deutschland gab es mehrere Beispiele dafür, etwa der Angriff gegen einen Gewerkschaftsbus nach den Anti-Nazi-Protesten in Dresden oder der Überfall sogenannter „autonomer NationalistInnen“ auf die DGB-Kundgebung am 1. Mai in Dortmund.

Die KapitalistInnen bevorzugen die

parlamentarische Demokratie, weil diese Staatsform ihre Herrschaft am Besten verschleiert. Doch wenn sie sich durch eine revolutionäre Massenbewegung bedroht sehen, müssen sie auf die faschistische Karte setzen. Der Revolutionär Leo Trotzki schrieb, die KapitalistInnen lieben den Faschismus „wie ein Mensch mit kranken Kiefern das Zahnziehen“.

Denn der Faschismus basiert auf der völligen Vereinzelung der ArbeiterInnenklasse durch die Zerschlagung all ihrer Organisationen, egal wie gemäßigt. So liquidierten die Nazis im Mai 1933 die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Dadurch konnte das faschistische Regime die Löhne niedrig halten und die Profite der KapitalistInnen massiv steigern.

Der Faschismus ist eine Form kapitalistischer Herrschaft: die repressivste, reaktionärste Staatsform, mit der der Kapitalismus verwaltet werden kann. Aber gerade die deutsche Geschichte zeigt, dass unter parlamentarischen wie faschistischen Staatsformen – also Weimarer Republik, Nationalsozialismus, Bundesrepublik – bis auf wenige Ausnahmen die gleichen Eliten herrschen, also die gleiche Polizei, die gleiche Bürokratie und die gleiche KapitalistInnenklasse.

#### Der Antikapitalismus?

Also auch wenn viele Nazis sich „antikapitalistisch“ geben, geht es ihnen in Wirklichkeit darum, Sündenböcke – „das internationale jüdische Finanzkapital“ oder Ähnliches – für die strukturellen Krisen des Systems verantwortlich zu machen. Die faschistische Ideologie der Herstellung einer „Volksgemeinschaft“ bedeutet nichts anderes als die gewaltsame Unterdrückung der Klassegegensätze durch die völlige Unterordnung

der ArbeiterInnen unter diejenigen „Volks-genossen“, die sie im Betrieb ausbeuten.

In der heutigen Situation braucht der Kapitalismus die Nazis nicht wirklich – denn die ArbeiterInnenbewegung ist vom Reformismus dominiert und die revolutionäre Linke ist schwach und zersplittert. Aber bei einer Verschärfung der sozialen Widersprüche kann es durchaus dazu kommen, dass das Kapital wieder auf seinen braunen Knüppel zurückgreift. Deswegen ist es entscheidend, die faschistische Bewegung jetzt – solange sie nur den Keim einer Massenbewegung darstellt – zu zerschlagen.

#### Die Strategie

Blockaden, so wichtig sie auch sind, werden nicht ausreichen, um der faschistischen Bewegung den Boden zu entziehen. Faschismus können wir nur effektiv bekämpfen, in dem wir eine eigene revolutionäre Antwort auf die Krise geben – wir brauchen eine sozialistische Perspektive, die einen Ausweg aus Armut, Arbeitslosigkeit und Krieg bietet.

**Einerseits** müssen wir gegen die faschistische Gefahr eine breite Mobilisierung aufbauen, die alle Menschen in Bewegung setzt, die von dieser Gefahr unmittelbar bedroht sind. Alle Massenorganisationen der ArbeiterInnen – DGB, Linkspartei und auch SPD – müssen unter Druck gesetzt werden, dass sie solche Proteste aktiv unterstützen: nicht nur mit einem bisschen Geld und prominenten RednerInnen auf Demonstrationen, sondern durch eine wirkliche Mobilisierung ihrer Mitglieder.

**Andererseits** müssen wir solche Mobilisierungen nutzen, um diese reformistischen BündnispartnerInnen politisch zu entlarven. Denn während PolitikerInnen



von SPD und Linkspartei gegen Faschismus protestieren, verwalten sie die kapitalistische Misere, die den Faschismus erst stark werden lässt, in vielen Fällen mit. So war es gerade die von der SPD mitgeschlossene Hartz IV-Reform, die der NPD den ersten großen Wahlsieg in Sachsen ermöglichte. Also auch während wir gemeinsam mit SPD-Mitgliedern Naziaufmärsche blockieren, muss unsere Kritik an ihrer Politik laut werden. Wir müssen jede rassistische, antisemitische und nationalistische Ideologie – die die Nazis in zuge-spitzter Form vertreten – und ihre materiellen Grundlagen permanent bekämpfen.

**Zusammenfassend:** Getrennt marschieren, aber gemeinsam schlagen!

Kleine Gruppen, trotz ihres Engagements und ihrer Militanz, können den Kampf gegen den Faschismus nicht gewinnen. Wir müssen auf die Organisation der breiten Massen setzen. Der Staat kümmert sich eher um den Schutz von Naziaufmärschen und die Repression gegen AntifaschistInnen, während Nazi-übergriffe als „unpolitische Prügeleien“ abgetan werden. Kein Wunder – denn der Staatsapparat hat durch den Faschismus weit weniger zu fürchten als durch einen antikapitalistischen Umsturz. Deswegen gilt es, Selbstverteidigungsgruppen der Betroffenen aufzubauen, denn nur so können wir den Grundstein für eine revolutionäre Massenbewegung der ArbeiterInnen und der Jugend legen.

→ von Wlodek, RIO, Berlin

### Den Naziaufmarsch in Dresden blockieren!

**A**m 19. Januar konfiszierte die Polizei Plakate in Dresden und Berlin, die zur Teilnahme an den Massenblockaden gegen den Naziaufmarsch in Dresden aufriefen. Für die Staatsgewalt stellen diese Plakate ein Verbrechen dar. Für uns ist das Verbrechen nicht der antifaschistische Widerstand sondern der Faschismus selbst. Aber an diesem Beispiel wird wieder einmal sehr deutlich, dass die Polizei den Feind eher auf der linken als auf der rechten Seite sieht. Deswegen können wir uns im Kampf gegen Nazis nicht auf die Hilfe des Staates verlassen – denn wer sich als Linke auf den Staat verlässt, ist verlassen.

Seit 1998 versammeln sich FaschistInnen aus ganz Europa in Dresden. Sie versuchen, ihre Propaganda zu verbreiten und die unterschiedlichen faschistischen Gruppen in einer „rechten Volksfront“ zu binden. Haben sich 1998 nur 30 bis 40 Neonazis zu dieser Aktion getroffen, so waren es 2005 schon 6.000, und 2009 sogar 7.000. Damit ist der Aufmarsch eine der größten regelmäßigen Veranstaltungen von Rechtsradikalen seit Bestehen der BRD – und die größte in Europa.

Der antifaschistische Widerstand wuchs jedoch gleichermaßen von 4.000 GegendemonstrantInnen 2007 bis auf 10.000 im letzten Jahr. Es ist aber auch klar geworden, dass symbolische Protestkundgebungen nicht ausreichen – wir brauchen Massenblockaden, um die Pläne der Nazis zu durchkreuzen. Wir von RIO, der Revolutionären Internationalistischen Organisation, rufen alle dazu auf, sich daran zu beteiligen!

Aber selbst wenn wir den Aufmarsch blockieren, wird das Problem Faschismus weiterbestehen. Wenn es uns darum geht, Faschismus dauerhaft zu verhindern, müssen wir ihn zuerst verstehen. Also, was ist Faschismus überhaupt? Wie hängt er mit dem Kapitalismus zusammen? Wie können wir ihn am besten bekämpfen? Dazu ist es wichtig, auf historische Niederlagen zurückzuschauen und aus diesen zu lernen. Dafür haben wir diese Zeitung produziert und laden zu Diskussionsveranstaltungen in Rostock, Berlin und Dresden ein.

→ von Alex, RIO, Berlin

### Diskussionsveranstaltungen

Was ist Faschismus und wie bekämpfen wir ihn?

#### Rostock: Samstag, 6. Februar, 16 Uhr

im Peter-Weiß-Haus (Hdf), Doberaner Str. 21, nahe Doberaner Platz – gemeinsame Veranstaltung mit dem **Linken Block Rostock**

#### Berlin: Mittwoch, 10. Februar, 18.30 Uhr

im Versammlungsraum im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, U6/U7 Mehringdamm, Berlin-Kreuzberg – mit **Nick Brauns**, Autor der Tageszeitung „junge Welt“ und Mitarbeiter von Ulla Jelpke, MdB – gemeinsame Veranstaltung mit der **Marxistischen Initiative**

#### Dresden: Samstag, 20. Februar, 16 Uhr

im AZ Conni, Rudolf-Leonhard-Str. 39, Dresden-Neustadt

# Die Nazis einfach verbieten?

Sollten wir für ein Verbot der NPD und anderer Nazi-Organisationen eintreten?

Angesichts der wachsenden Bedrohung durch Nazis wird regelmäßig die Forderung nach einem Verbot der NPD laut. Der gleiche Staat, der sonst Nazi-Demos schützt, Flüchtlinge abschiebt und antirassistischen Projekten die Mittel kürzt, soll – so die Forderung – die Nazis bitte unterdrücken.

Dieselben PolitikerInnen, die sonst mit ihrer neoliberalen Ideologie Menschen in Arbeitslosigkeit, Armut und Perspektivlosigkeit – und damit oft auch in die Arme der Rechten – treiben, wollen hier plötzlich ihre antifaschistische Gesinnung durch die Forderung nach einem Verbot der NPD herausstellen.

Vor allem kommt die Forderung aber von linken Gruppen. Es gibt sogar ganze Kampagnen wie „No NPD“, die sich ausschließlich für ein Verbot einsetzen. Aber sind Kraft und Arbeitszeit, die in solche Projekte fließen, wirklich nicht vergebens? Ein Verbot würde ohne Zweifel eini-

ge Vorteile mit sich bringen: Vor allem der Wegfall der jährlichen Parteienfinanzierung in Höhe von 1,2 Mio € würde die NPD hart treffen – immerhin nimmt sie aus Mitgliedsbeiträgen nicht einmal halb so viel ein.

Doch diese Maßnahmen gehen das eigentliche Problem nicht an: Die Grundlagen für rassistische und faschistische Ideologien werden im Kapitalismus immer wieder reproduziert. Ein Parteiverbot wird nichts daran ändern, dass Menschen im ständigen gesellschaftlichen Konkurrenzkampf die berechnete Angst haben, unterzugehen und sich gegen dafür verantwortlich gemachte Minderheiten und konstruierte Bedrohungen aufhetzen lassen. Und ob Nazi-SchlägerInnen nun offiziell der NPD oder einer Kameradschaft angehören, macht für ihre Opfer keinerlei Unterschied.

Gerade in zugespitzten Krisenzeiten steigt die Unterstützung für nationalistische Ideen. Umso mehr sich die gesellschaftlichen Widersprüche verschärfen,

umso schneller werden sich also auch GeldgeberInnen für faschistische Projekte finden lassen.

Da sich der Staat besonders in extremen Situationen keineswegs neutral verhält, ist es auch wenig ratsam, sich im Kampf gegen Nazis auf ihn zu verlassen. Die Geschichte hat gezeigt, dass bürgerliche Staatsapparate – egal wie demokratisch sie sich geben – im Zweifelsfall auf dem rechten Auge blind sind und gegen Linke und organisierte ArbeiterInnen rigoros vorgehen.

Einen repressiven Umgang des Staates gegen Nazi-Organisationen zu fordern, heißt gleichzeitig auch, eine Grundlage für die Repression gegen Linke zu schaffen. Denn dieselben Mittel, mit denen gegen rechte Gruppen gehandelt wird, werden bei der nächsten Gelegenheit wahrscheinlich auch gegen linke „Staatsfeinde“ und „Terroristen“ eingesetzt.

Das zeigt sich am Beispiel von zwei



Parteiverboten in der BRD: 1952 wurde die Sozialistische Reichspartei als Nachfolgerin der NSDAP verboten. Aber 1956 erwischte es die vielfach größere KPD, die damals der Adenauer-Regierung bei der Remilitarisierung Deutschlands im Wege stand.

Um sich gegen Nazi-Angriffe zu schützen, müssen die unmittelbar Betroffenen ihre Verteidigung selbst organisieren. Vor allem MigrantInnen, linke Jugendliche und ArbeiterInnen müssen dafür zusammenarbeiten – auch um ein politisches Gegengewicht zur faschistischen Bedrohung aufzubauen. Diese Maßnahmen wären um ein Vielfaches sinnvoller und zielführender als der Ruf nach einem Verbot der NPD.

→ von Cubert, RIO, Berlin

## Lehren aus Deutschland

Warum die Einheit der ArbeiterInnen im Kampf gegen Faschismus notwendig ist

Wie konnten die deutschen FaschistInnen siegen und die deutsche ArbeiterInnenbewegung im Blut ertränken? Es ist klar, dass es nicht die vielen „dummen“ Arbeitslosen waren, die den tolleren Redner Hitler an die Macht gewählt haben. Selbst unter bürgerlichen HistorikerInnen ist unumstritten: Nicht die Wahlerfolge, sondern die Unterstützung durch bedeutende Teile des Großkapitals brachte die Nazis im Januar 1933 an die Macht. Doch die ArbeiterInnenbewegung wäre stark genug gewesen, die faschistische Gefahr dennoch hinwegzufegen. Ihre vereinte Aktion, das Lahmlegen des Landes und das organisierte Vorgehen gegen den Terror der NSDAP hätte Verfolgung und Vernichtung verhindern können.

Die SPD- und die Gewerkschaftsführungen gaben ein geradezu armseliges Schauspiel. Zwar war ihr erklärtes Ziel damals noch die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft, doch waren sie Organisationen des Klassenkompromisses, d.h. der Versöhnung der Lohnabhängigen mit dem Kapital. Durch die kapitalistische Krise, die Ende der 1920er Jahre begonnen hatte, war diese Politik völlig unmöglich, was sich auch in Wahl- und Mitgliederverlusten spiegelte. Dennoch war die Sozialdemokratie auch 1933 noch die stärkste Kraft der ArbeiterInnenbewegung. In den Augen der Spitzenkräfte von Gewerkschaftsbund und SPD waren die „Kozis“ von der KPD mindestens genauso gefährlich wie die Nazis.

Darum hatten die feinen sozialdemokratischen FührerInnen auch kein großes Problem damit, als sich nach Hitlers Machtantritt der Naziterror in aller Härte gegen die KommunistInnen entfaltete. Die Gewerkschaftsführungen versuchten sich sogar an die Nazi-Regierung anzubiedern, bis, nach gemeinsamen 1. Mai-Feiern zum „Tag der deutschen Arbeit“, am 2. Mai 1933 ab 10 Uhr SA, SS und Polizei in die schwarz-weiß-rot beflaggten Gewerkschaftshäuser eindringen. Der Angriff auf die Sozialdemokratie folgte dem auf den Kommunismus.

Die Kommunistische Partei war selbst schlecht auf den Faschismus vorbereitet. Ihre Führung erkannte zuerst nicht einmal, was der Machtantritt Hitlers faktisch bedeutete. In ihren Augen war die kapitalistische Demokratie seit Ende der 20er in einen längeren Prozess der „Faschisierung“ eingetreten. So stellte Stalin fest: „Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus.“ Aus der richtigen Feststellung, dass die SPD unter bürgerlich-demokratischen Bedingungen die wichtigste Stütze des Kapitalismus war – weil sie durch ihren Reformismus die Lohnabhängigen vom Kampf für ihre Interessen abhielt – zog die KPD den völ-

lig falschen Schluss, dass der Hauptgegner die „sozialfaschistische“ SPD wäre. Die KPD-Führung verkannte, dass die geschwächte Sozialdemokratie immer noch die meisten ArbeiterInnen organisierte. Deswegen wäre es notwendig gewesen, praktische Abkommen zum Kampf gegen den Faschismus mit der SPD zu schließen. Die KPD hätte den SPD-ArbeiterInnen im gemeinsamen Kampf zeigen können, dass ihre Interessen am konsequentesten mit Hilfe der RevolutionärInnen verteidigt werden und damit eine Mehrheit der Klasse für eine revolutionäre Perspektive gewinnen können.

Die „Linke Opposition der KPD“ um den russischen Revolutionär Leo Trotzki und andere kleine Organisationen kämpften für eine wirkliche Einheitsfront der ArbeiterInnenklasse. Die Linksoptionellen schlugen allen Organisationen der ArbeiterInnenbewegung einen Maßnahmenkatalog zur Abwehr des Faschismus vor. Doch nur an sehr wenigen Orten war es ihnen möglich, diesen auch durchzusetzen.

Und so kam es tragischerweise, wie die Musikgruppe „Schmetterlinge“ treffend formulierte, zu spät dazu, dass „sich Sozialdemokraten und Kommunisten schließlich vereint sahen – im KZ.“

Auch heute sind die KlassenversöhnerInnen die Hauptstütze des kapitalistischen Systems. Wir müssen deshalb der SPD, Linkspartei und Gewerkschaftsführung unbedingt den Aufbau revolutionärer Organisationen und den reformistischen Aufrufen gegen die Nazis den revolutionären Antifaschismus entgegenstellen. Aber wir müssen trotz allem die reformistischen Organisationen offensiv in die antifaschistischen Aktionen einbeziehen, sie ihnen geradezu aufzwingen. Für die ArbeiterInnenbewegung, muss auch heute der Einheitsfrontslogan der Wegweiser sein: „Getrennt marschieren, vereint schlagen!“

→ von Jalava, RIO, Kiel

## Lehren aus Spanien

Warum die Einheit mit der Bourgeoisie den Kampf gegen Faschismus unmöglich macht

Der Aufstieg des Faschismus in Spanien war eine Reaktion auf die Radikalisierung der ArbeiterInnenklasse. Die 1931 ausgerufene spanische Republik konnte die dringenden Probleme der Massen nicht lösen und für immer größere Teile der ArbeiterInnenklasse stellte sich die Frage der sozialistischen Revolution. Um dieser zuvorzukommen, zettelten FaschistInnen und Militärs unter Führung von General Franco am 17. Juli 1936 einen Putschversuch an, der große Unterstützung bei den herrschenden Eliten genoss.

Während die „demokratische“ Regierung in Madrid passiv blieb, schlugen ArbeiterInnen in spontanen Kämpfen den Militäraufstand zurück. In Katalonien übernahm ein Zentralkomitee der antifaschistischen Milizen, in dem die anarchistische Massengewerkschaft CNT den Ton angab, sogar de facto die Macht. Bauern/Bäuerinnen verteilten das Land unter sich und ArbeiterInnen übernahmen ihre Betriebe.

Aber der alte kapitalistische Staatsapparat blieb nebenher bestehen. Die republikanischen Eliten waren zwar keine FaschistInnen, aber ihr Kampf gegen den Faschismus blieb halbherzig – denn was die republikanischen KapitalistInnen noch mehr fürchteten als den Faschismus war eine sozialistische Revolution. Auch die StalinistInnen der Kommunistischen Partei arbeiteten gegen eine Revolution, weil sie auf die Unterstützung von „demokratischen“ Eliten in England und Frankreich hofften und diese nicht durch eine Kollektivierung der Wirtschaft verschrecken wollten. Sie beschränkten sich auf ein Minimalprogramm, das sogar das Privateigentum explizit schützte. Diese Strategie der „Volksfront“, also der Einheit mit „antifaschistischen“ Teilen der Bourgeoisie, funktionierte nicht, weil große Teile der bürgerlichen Eliten längst übergelaufen waren.

Die CNT und auch die sozialistische Partei POUM sahen sich im Laufe der Zeit einem immer stärkeren Propagandafeldzug ausgesetzt und traten unter Druck in die eigentlich fast machtlose Volksfron-

treiung ein und lösten ihre parallelen Strukturen der antifaschistischen Komitees auf. Das spanische Proletariat hatte nun keine eigenständigen Organe mehr und die wiederaufgebaute Regierung konnte die Landbesetzungen wieder auflösen, die ArbeiterInnenmilizen entwaffnen und gegen die radikalsten Teile der ArbeiterInnenklasse vorgehen.

Der Konflikt zwischen der ArbeiterInnenklasse und dem Staatsapparat spitzte sich im Mai 1937 zu. Es kam zu Gefechten zwischen ArbeiterInnenmilizen und der paramilitärischen Spezialpolizei Guardia Civil. Während die Führung der CNT ihre AnhängerInnen dazu aufrief, die Kämpfe einzustellen, ging die Polizei in die Offensive, stürmte die Hauptquartiere der CNT und der POUM. Massenverhaftungen und 500 Tote waren die Folge. Anschließend wurden die CNT, die POUM und andere linke SozialistInnen aus der Regierung geworfen, die POUM schließlich zerschlagen und die CNT weiter unterdrückt.

Nach diesem Rückschlag war der Sieg der FaschistInnen nicht mehr aufzuhalten. Anfang 1939 konnte Franco in Katalonien einmarschieren und Barcelona ohne größere Probleme einnehmen – die größten KämpferInnen gegen den Faschismus waren schon vorher gefallen, durch die Klinge der bürgerlich-stalinistischen Republik.

Die FaschistInnen konnten aus mehreren Gründen siegen: Natürlich hatten sie gewaltige militärische Unterstützung aus Deutschland und Italien. Aber viel wichtiger war, dass die bürgerliche Regierung massiv gegen die kämpferische ArbeiterInnenklasse vorging und die StalinistInnen (und auch CNT und POUM) mit der Bourgeoisie ein Bündnis eingingen. Die Revolution, die 1936 gerade begonnen hatte, wurde durch die Führungen der proletarischen Massenorganisationen abgewürgt. Es war eine verhängnisvolle Illusion, zu glauben, dass KapitalistInnen und ArbeiterInnen das gleiche Interesse gegen den Faschismus haben können. Während die KapitalistInnen stets hoffen können, ihren Besitz an Produktionsmitteln zu behalten, nachdem der Faschismus an die Macht kommt, heißt für das Proletariat Faschismus hingegen Elend, Krieg und Tod.

Nur eine sozialistische Revolution, die die KapitalistInnen (auch die, die sich „antifaschistisch“ gaben) enteignet hätte, hätte auch den Faschismus besiegen können. Doch dazu fehlte eine starke Organisation mit einem klaren revolutionären Programm – dieses Fehlen war für die spanische ArbeiterInnenklasse letztlich tödlich.

→ von Stefan, RIO, Berlin

## Was ist RIO?

Wir, die Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO), wollen den Kapitalismus durch eine sozialistische Gesellschaft ersetzen. Denn das kapitalistische System führt zu Krisen, verursacht Kriege und zerstört die Umwelt. Wir sind überzeugt, dass eine Revolution notwendig ist, um dieses System zu überwinden. Denn die KapitalistInnen werden ihre Macht nicht freiwillig aufgeben. Bei diesem Kampf brauchen wir eine internationalistische Perspektive gegen die globale kapitalistische Ausbeutung. Dazu ist eine Organisation notwendig, die eine antikapitalistische Strategie systematisch in jeden Kampf hineinträgt. Wir tun nicht so, als hätten wir alle Antworten – wir versuchen, marxistische Ideen zu entwickeln und zu verbreiten und damit einen Beitrag zur Schaffung einer ernsthaften revolutionären Organisation zu leisten.



**RIO Deutschland**

→ www.revolution.de.com

**RIO Schweiz**

→ www.revolution.ch.tc

**MRO Tschechien**

→ www.revo.cz.tc

**RIO International**

→ www.onesolutionrevolution.org

## Kontakt zu RIO

berlin@revolution.de.com

fu@revolution.de.com

bremen@revolution.de.com

dresden@revolution.de.com

kiel@revolution.de.com

## Publikationen von RIO

### Oktober im November\*

Zum 90. Jahrestag der Oktoberrevolution  
20 Seiten – 1 €



### Zanon gehört den ArbeiterInnen!

ArbeiterInnen in Argentinien übernehmen ihre Fabrik und verwalten sie unter Eigenregie  
16 Seiten – 1 €



### Der Kampf gegen den Faschismus in Deutschland

Mit Texten von Leo Trotzki und RIO  
48 Seiten

### Der Kampf gegen den Faschismus in Spanien

Mit Texten von Felix Morrow und RIO  
128 Seiten

### Unser Werkblatt

Flugblatt für Universitäts-Beschäftigte an der FU Berlin  
→ www.revolution.de.com/werkblatt

